

DER ARABISCHE FRÜHLING UND
DER NEUE NAHE OSTEN –

DIE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE

Dokumentation der Rede von
Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP
Präsident des Europäischen Parlaments a.D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

21. Juli 2011
Konrad-Adenauer-Konferenzzentrum, Jerusalem

DER ARABISCHE FRÜHLING UND
DER NEUE NAHE OSTEN –

DIE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE



© 2011, Konrad-Adenauer-Stiftung Jerusalem

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstraße 23
D-10785 Berlin
www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung
6 Lloyd George Street
P.O.Box 8348
Jerusalem 91082
Israel
www.kas.de/israel

Redaktion: Michael Mertes / Evelyn Gaiser

„Dieses große Erwachen kann man nicht einfach wegwünschen. Es mag zum Schweigen gebracht, es mag zeitweilig in den Untergrund abgedrängt werden – aber es kann nicht ein für alle Mal ausgelöscht werden. Schon heute hat es etwas Historisches bewirkt: Es hat das alte Vorurteil erschüttert, dass die arabischen und muslimischen Völker des Nahen Ostens im Gegensatz zu ‚uns‘ kein wirkliches Verlangen nach Freiheit empfinden – dass sie sich damit abfinden, in Gesellschaften zu leben, die unter dem Diktat der Furcht stehen. Mit ungeheurem Mut haben sie nichts weniger getan, als ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um uns eines Besseren zu belehren.“

Natan Sharansky, 2011

GELEITWORT

Vor mehr als 50 Jahren legten Konrad Adenauer und David Ben-Gurion die Basis für Versöhnung und zukünftige Partnerschaft zwischen Deutschland und Israel. Diesem Erbe verpflichtet, ist die Konrad-Adenauer-Stiftung seit 1982 – also seit bald 30 Jahren – in Israel aktiv. Gemeinsam mit israelischen Partnerorganisationen arbeiten wir an der Pflege und Vertiefung der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel; diese Aufgabe erhält zunehmend eine europäische Dimension.



Gerhard Wahlers: „Wir wollen die großen Chancen nutzen, die sich heute für Freiheit, Demokratie und eine friedliche Entwicklung im ganzen ‚Greater Middle East‘ ergeben.“

Foto: Ohad Zwigenberg

Die Bemühungen um eine israelisch-palästinensische Verständigung und eine friedliche Koexistenz zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn werden von uns seit jeher besonders gefördert. Dabei kommt der Konrad-Adenauer-Stiftung zugute, dass sie auch in Ramallah und in weiten Teilen des „Greater Middle East“ mit ihren Auslandsbüros vertreten ist: Abu Dhabi, Amman, Ankara, Kairo, Rabat und Tunis.

Um dieses Engagement für Verständigung und Frieden zu unterstreichen, besuchte der Vorsitzen-

de der Konrad-Adenauer-Stiftung Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP vom 19. bis zum 22. Juli 2011 Israel und die Palästinensischen Gebiete. Er sprach mit Regierungsmitgliedern, Politikberatern, Intellektuellen und Repräsentanten der christlichen Kirchen über aktuelle Fragen der israelischen und der palästinensischen Politik. Im Zentrum standen dabei die Frage nach den Möglichkeiten zur Neubelebung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses und die Bedeutung des „Arabischen Frühlings“ für die gesamte Region.

Gegenüber allen Gesprächspartnern hob Dr. Hans-Gert Pöttering hervor, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung den Friedensprozess im Nahen Osten engagiert unterstütze. Ziel müsse es sein, so betonte er immer wieder, dass Israel und Palästina als Staaten in jeweils sicheren Grenzen partnerschaftlich und friedlich zusammenleben.

Dies war auch eine zentrale Botschaft der Rede, die er am Abend des 21. Juli im Jerusalemer Konrad-Adenauer-Konferenzzentrum hielt. Ihr programmatischer Titel „Der Arabische Frühling und der neue Nahe Osten – Die europäische Perspektive“ brachte zum Ausdruck, dass wir die politischen Umbrüche in mehreren arabischen Ländern als Veränderung historischen Ausmaßes begreifen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird ihre Aktivitäten in diesen Ländern weiter ausbauen. Den reformorientierten Kräften, die den Weg zum demokratischen Rechtsstaat und zu einer freiheitlichen, sozial verpflichteten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gehen wollen, gilt dabei unsere Unterstützung. Wir wollen die großen Chancen nutzen, die sich heute für Freiheit, Demokratie und eine friedli-

che Entwicklung im ganzen „Greater Middle East“
ergeben.

Dass aus der Möglichkeit Wirklichkeit wird, versteht
sich allerdings nicht von selbst. Deshalb betonte
Dr. Hans-Gert Pöttering in seiner Jerusalemer Rede
mit großem Nachdruck die Notwendigkeit eines
verstärkten deutschen und europäischen Engage-
ments.

Dieser Verantwortung stellt sich die Konrad-
Adenauer-Stiftung aus tiefer Überzeugung und mit
allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln.

Berlin, im August 2011

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DER ARABISCHE FRÜHLING UND DER NEUE NAHE OSTEN –

DIE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE

DR. HANS-GERT PÖTTERING MDEP
PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTES A.D.
VORSITZENDER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Sehr geehrte Damen und Herren!

**אני רוצה לברך את כולכם. אני שמח בכל פעם שאני נמצא
בישראל, במיוחד כאן בירושלים.**

(Ich heiße Sie alle sehr herzlich willkommen. Ich freue mich jedes Mal, wenn ich in Israel, wenn ich hier in Jerusalem sein kann.)

Vor über einem Jahr, im Mai 2010, hatte ich Gelegenheit, im Konrad-Adenauer-Konferenzzentrum über „Herausforderungen und Perspektiven für die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon“ zu sprechen. Darin habe ich vor allem die institutionellen Neuerungen erläutert, die der Europäischen Union zu einer gemeinsamen Außenpolitik und einer deutlicher vernehmbaren Stimme in der Weltpolitik verhelfen sollen.

Ich bleibe bei meiner Prognose von damals: Der Vertrag von Lissabon wird – gemeinsam mit den neu geschaffenen Ämtern des Präsidenten des Europäischen Rates und des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik wie auch dessen Un-

terstützung durch den Europäischen Auswärtigen Dienst – einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das außenpolitische Gewicht der EU zu stärken.

Dazu waren die institutionellen Neuerungen zwar notwendig, aber sie sind keine hinreichende Bedingung für eine gemeinsame europäische Außenpolitik. Vielmehr kommt es jetzt darauf an, die neu geschaffenen Instrumente einzusetzen – auf der Grundlage gemeinsam formulierter europäischer Interessen, Ziele und Strategien.



„Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie, Recht, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden sind das Fundament.“

Foto: Ohad Zwigenberg

Unter „europäischen Interessen“ verstehe ich dabei nicht allein Sicherheitsbedürfnisse oder wirtschaftspolitische Aspekte. Ich verstehe darunter vor allem die grundlegenden Werte, die uns in der Europäischen Union über alle Grenzen hinweg miteinander verbinden. Die EU ist zuallererst eine Wertegemeinschaft:

Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie, Recht, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden sind die tra-

genden Säulen, sie sind das Fundament, untrennbar verbunden mit dem Bewusstsein der Geschichte Europas. Eine Geschichte, die über Jahrhunderte hinweg geprägt war von Gewalt, Not und Zerstörung. Als Deutsche ist unsere Verpflichtung zu diesen gemeinsamen Werten untrennbar verbunden mit dem düstersten Kapitel deutscher Geschichte zwischen 1933 und 1945, das wir nie vergessen werden.

Deswegen möchte ich hier wiederholen, was ich am 13. Februar 2007 in meiner Programmrede vor dem Europäischen Parlament gesagt habe: „Wir schützen das menschliche Leben. Wer den Holocaust, das böseste aller Verbrechen leugnet, wie der Staatspräsident einer großen Kulturnation, dem müssen wir mit Entschiedenheit begegnen, damit ein neuer Holocaust nicht wieder als Schrecken über uns kommt.“

In meiner Rede vor der Knesset am 30. Mai 2007 habe ich es so ausgedrückt:

„Wer den Holocaust leugnet, der leugnet die Menschlichkeit; der leugnet den menschlichen Willen, aus der Geschichte zu lernen; der leugnet die Grundlagen der zivilisatorischen Gemeinschaft in der Welt.“

In das Buch des Gedenkens von Yad Vashem habe ich am Tage zuvor, am 29. Mai 2007 die Worte geschrieben:

„Der Holocaust, das böseste aller Verbrechen, verpflichtet uns für alle Zukunft, für das Leben, die Menschenrechte, Frieden und Freiheit einzutreten.“

Seit dem 27. Januar 2008 erinnert das Europäische Parlament zusammen mit dem Europäischen Jüdischen Kongress im Yehudi-Menuhin-Saal im Europäischen Parlament in Brüssel an dieses furchtbarste aller Verbrechen.

Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie, Recht, Gerechtigkeit und Solidarität sind es auch, für die die Menschen in Nordafrika und Nahost demonstrieren haben. Der „Arabische Frühling“ ist für die Europäische Union nach Lissabon die erste große außenpolitische Aufgabe, eine Herausforderung von weltpolitischem Rang.

Ich bin mir bewusst, dass die politisch-gesellschaftlichen Umwälzungen, die – ausgehend von der Bewegung in Tunesien und Ägypten – mittlerweile große Teile der arabischen Welt erfasst haben, hier in Israel mit gemischten Gefühlen beobachtet werden. Die Bewegung wirft hier in Israel verständliche Sorgen und Fragen auf:

Besteht nicht die Gefahr, lautet eine Frage, dass viele dieser Länder in Anarchie und Chaos versinken – und dies auch negative Folgen haben wird für die ganze Region und auch für das benachbarte Europa? Müssen wir nicht befürchten, dass der Um-

Der „Arabische Frühling“ ist für die Europäische Union nach Lissabon die erste große außenpolitische Aufgabe, eine Herausforderung von weltpolitischem Rang

bruch die politische Bedeutung radikal-islamistischer, antisemitischer und israel-feindlicher arabischer Kräfte stärkt? Und ist es etwa keine reale Gefahr,

dass solche Entwicklungen die Rahmenbedingungen für einen Nahost-Friedensprozess nachhaltig verschlechtern werden?

Hinter diesen Fragen lässt sich nicht nur die Sorge der Menschen in Israel erkennen. Sie sind auch getragen von dem historischen Trauma der iranischen Revolution von 1979: Diesem nur sehr kurzen Frühling folgte bekanntlich ein langer Winter, der bis heute anhält. Es keimte kurz Hoffnung auf, als 2009 die iranische Opposition mutig gegen massiven Wahlbetrug bei den Präsidentschaftswahlen protestierte. Aber dieses Aufbegehren wurde mit **Wie lange wird die „Demokratisierungsdividende“ auf sich warten lassen?** äußerster Brutalität von den Machthabern unterdrückt. Auf dieses tragische und traurige iranische Beispiel verweisen nun all jene Pessimisten, die nicht daran glauben, dass Israel aus dem „Arabischen Frühling“ eine „Demokratisierungsdividende“ werde erzielen können – oder die zumindest meinen, eine solche Dividende werde allzu lange auf sich warten lassen.

Es gibt in Israel aber auch andere Stimmen. Eine davon, die mich besonders beeindruckt hat, möchte ich zitieren:

„Dieses große Erwachen kann man nicht einfach wegwünschen. Es mag zum Schweigen gebracht, es mag zeitweilig in den Untergrund abgedrängt werden – aber es kann nicht ein für alle Mal ausgelöscht werden. Schon heute hat es etwas Historisches bewirkt: Es hat das alte Vorurteil erschüttert, dass die arabischen und muslimischen Völker des Nahen Ostens im Gegensatz zu ‚uns‘ kein wirkliches Verlangen

nach Freiheit empfinden – dass sie sich damit abfinden, in Gesellschaften zu leben, die unter dem Diktat der Furcht stehen. Mit ungeheurem Mut haben sie nichts weniger getan, als ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um uns eines Besseren zu belehren.“

Dies sind Worte von Natan Sharansky – ein Mann, der durch seine Biographie eindrucksvoll belegt, dass der Wunsch nach Freiheit wohl die stärkste Macht ist, die einen Menschen antreiben kann. Eine Macht, die stärker ist als jede Diktatur. Ich bin sicher: Auch sein großer Mentor und Freund, der Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow, würde diesen Satz vorbehaltlos unterschreiben.

Historische Vergleiche sind nie ganz unproblematisch. Das gilt auch für den Vergleich zwischen dem „Arabischen Frühling“ und den zumeist friedlichen Revolutionen, die zwischen 1989 und 1991 das Ende der sowjetischen Vorherrschaft in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und schließlich sogar das Ende der Sowjetunion selbst herbeiführten. Dennoch möchte ich einige Parallelen aufzeigen, Parallelen, die Natan Sharansky in seinen Überlegungen zum Teil andeutet und die ins Auge fallen:

Erstens: Die Demonstrationen von 1989/90 haben gezeigt, dass die Idee der Menschenrechte einer universellen Sehnsucht der Menschen entspricht. Es geht eben nicht um eine westliche „Sondermoral“, die anderen Kulturkreisen fremd ist. Nein: Nirgendwo auf der Welt wollen Menschen in ständiger Angst vor Gewalt oder Unterdrückung leben. Überall auf der Welt wollen Menschen frei und in Würde leben können.



„Der Wunsch nach Freiheit ist wohl die stärkste Macht, die einen Menschen antreiben kann – eine Macht, die stärker ist als jede Diktatur.“
Hans-Gert Pöttering im Gespräch mit Natan Sharansky am 22. Juli 2011.
Im Hintergrund ein Portrait von Andrej Sacharow (1921-1989)

Foto: Sasson Tiram

Ich kann mich noch gut an Gespräche aus der Zeit vor dem Fall der Berliner Mauer erinnern. Sceptiker haben damals behauptet, dass Freiheit und Demokratie Teile einer kapitalistischen Ideologie seien, die man den Menschen in Ostdeutschland, in Polen oder gar in der Sowjetunion nicht „überstülpen“ dürfe und könne. Das habe ich nie so gesehen. Hier stimme ich der Einschätzung des britischen Historikers Timothy Garton Ash zu, wenn er schreibt: Diese Menschen hätten den selbstzufriedenen Westeuropäern den Wert eines Lebens in Freiheit und Demokratie vor Augen geführt, und zwar „mit einer Klarheit und Beharrlichkeit, wie sie nur bitterer Erfahrung entspringt“.

Die Idee der Menschenrechte ist keine westliche „Sondermoral“

Diese Einschätzung passt zu einem Erlebnis, das ich vor wenigen Monaten auf meiner Reise nach Ägypten hatte. In Kairo bin ich auf den Tahrir-Platz gegangen, um mir selbst ein Bild von den Ereignissen zu machen. Ich habe dort mit wunderbaren jungen Menschen gesprochen, die für die Achtung ihrer Würde demonstrierten, für ein Leben in Demokratie. Der größte Wunsch dieser jungen Menschen war es, eine Perspektive zu haben, eine selbstbestimmte Zukunft in Freiheit. Mir kann niemand erzählen, dass für diese Menschen eine Diktatur die kulturell angemessene Regierungsform ist.

Eine **zweite** Parallele sehe ich darin, dass heute wie damals ein Gegensatz zwischen demokratischem Wandel und Stabilität, zwischen Freiheit und Frieden konstruiert wird. Zu Zeiten des Kalten Krieges war oft zu hören, der Westen dürfe nicht zu laut die Achtung der Menschenrechte im sowjetischen Machtbereich einfordern, weil das „destabilisierend“ wirke und letztlich den Frieden aufs Spiel setze.

Mit Bajonetten kann man eine Herrschaft zwar erzwingen, aber ein Regime, das auf Willkür und Einschüchterung baut, ist nur scheinbar stabil

Diese Betrachtungsweise stellt die Dinge auf den Kopf: Schuld an instabilen Verhältnissen sind nicht diejenigen, die Freiheit fordern, sondern diejenigen, die die Freiheit unterdrücken! Die Geschichte lehrt uns: Mit Bajonetten kann man eine Herrschaft zwar erzwingen, aber ein Regime, das auf Willkür und Einschüchterung baut, ist nur scheinbar stabil. In Wahrheit steht es auf tönernen Füßen.

Gegen dieses falsche Verständnis von Stabilität gibt es auch einen ethischen Einwand, der mir besonders am Herzen liegt: Denn bei aller Notwendigkeit einer pragmatischen ‚Politik des Machbaren‘ dürfen demokratische Nationen sich nicht damit abfinden, dass ihr eigenes Wohlergehen, ihre eigene Sicherheit mit der Unfreiheit anderer Völker erkaufte wird. Dies ist eine Frage der Glaubwürdigkeit: Nehmen wir das Bekenntnis zu den eigenen Werten wirklich ernst – oder sind es doch nur Lippenbekenntnisse? Das führt für mich zu der Schlussfolgerung, dass es Stabilität ohne Freiheit nicht geben kann.

Die Unzufriedenheit bei den Menschen der arabischen Staaten bestätigt, dass die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme dieser Länder – wie schon die Ergebnisse der „Arab Human Development Reports“ der Vereinten Nationen seit 2002 gezeigt haben – ‚hausgemacht‘ sind.

Wir haben die Wahl: Wir können Zuschauer bleiben oder wir können versuchen, im Sinne unserer Grundwerte auf die weitere Entwicklung in der arabischen Welt Einfluss zu nehmen

Die Entwicklungsrückstände in großen Teilen der Region lassen sich heute nicht mehr so einfach wie früher als Folge ausländischer Verschwörungen verunglimpfen. Vor allem der propagandistische Hinweis auf den israelisch-palästinensischen Konflikt taugt nicht als Entschuldigung. Mir ist selbstverständlich bewusst, dass dieser Konflikt die Menschen in dieser Region nach wie vor bewegt. Aber ich denke, dass es ein gutes Argument dafür ist, gerade jetzt mit Hochdruck nach einer Lösung im Nahen Osten zu suchen!

Damit bin ich bei meinem **dritten** Punkt. Ja, es ist wahr: Das Ende der sowjetischen Vorherrschaft in Mittel-, Ost- und Südosteuropa setzte alte Dämonen frei, die unter dem Eis des Kalten Krieges jahrzehntelang geschlummert hatten. Ethnische Konflikte der Vergangenheit traten wieder zu Tage. Ich nenne hier als besonders dramatisches Beispiel das Blutvergießen im zerfallenden Jugoslawien.

Wahr ist aber auch, dass es in einer gemeinsamen Kraftanstrengung des Westens schließlich gelang, die Entwicklung insgesamt auf eine gute Bahn zu bringen.

Auch heute haben wir die Wahl: Wir können Zuschauer bleiben oder wir können versuchen, im Sinne unserer Grundwerte auf die weitere Entwicklung in der arabischen Welt Einfluss zu nehmen. Wenn ich sage „wir“, meine ich damit sowohl Deutschland und die gesamte Europäische Union als auch unsere Freunde und Partner – allen voran die Vereinigten Staaten von Amerika und Israel. Treffen wir die falsche Wahl, werden wir selbst – und ganz gewiss auch künftige Generationen – darunter zu leiden haben.

Zu guter Letzt möchte ich auf eine **vierte** Parallele zwischen den Ereignissen von Damals und Heute hinweisen: ***Fenster der Gelegenheit öffnen sich nur für kurze Zeit***. In den Jahren 1989 und 1990 gab es eine solche seltene historische Gelegenheit, in denen Mut, Weitsicht und Führungskraft gefragt waren. Die Welt sähe heute anders – und gewiss nicht besser – aus, wenn nicht Staatsmänner wie Helmut Kohl in Deutschland, Jacques Delors für die Europäische

Gemeinschaft und George Bush der Ältere in den Vereinigten Staaten diese historische Chance ergriffen hätten, die sich Deutschland und Europa durch den politischen Kurswechsel Michail Gorbatschows bot. Ich bin davon überzeugt, dass sich eine solche Möglichkeit auch im Rahmen der Verhandlungen über eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts bieten muss. Der gegenwärtige Status quo mag in mancher Hinsicht bequem sein (jedenfalls aus israelischer Perspektive), aber der „Arabische Frühling“ hat uns gelehrt, dass auf die Haltbarkeit des Status quo kein Verlass ist.



Dalia Rabin, Tochter des 1995 ermordeten israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin, führt Hans-Gert Pöttering durch das Rabin Center in Tel Aviv. (20. Juli 2011)

Foto: Mona Grotheer

Meine Damen und Herren, Frieden zwischen Israel und Palästina ist nicht nur wichtig für die Menschen im Nahen Osten, er ist bedeutsam für das Gelingen des „Dialogs der Kulturen“, für das friedliche Zusammenleben Europas, der USA und darüber hinaus mit der islamischen und arabischen

Welt. Wer dem „clash of civilisations“ mit Entschiedenheit begegnen will, muss einen Beitrag für Frieden zwischen Israel und Palästina leisten. Deswegen möchte ich hier wiederholen, was ich am 30. Mai 2007 vor der Knesset gesagt habe:

„[Ich] bekenne ... mich mit allem Nachdruck zu einem dauerhaften Existenzrecht Israels, zu dem Recht Israels, friedlich in gesicherten Grenzen und in einer Nachbarschaft zu leben, die Israel anerkennt. Als Präsident des Europäischen Parlaments, sowie als Freund, dessen Sympathie und Solidarität allen Menschen in Israel gilt.“

Auf dieser Grundlage habe ich hinzugefügt:

„Es gibt für mich keinen besseren Prozess als eine gemeinsame Konferenz, für die das Europäische Parlament eintritt, um über Frieden und Sicherheit, über die Zukunft der Entwicklung und über das friedliche nebeneinander von Israel und einem palästinensischen Staat, in gesicherten Grenzen, ohne Gewalt und in guter Nachbarschaft zu verhandeln. Wäre es nicht möglich, wenn Israel, die Palästinenser, die arabischen Staaten und das Nahost-Quartett gemeinsam über Format, Prozeduren und Inhalte einer solchen Konferenz nachdenken würden? Der Weg dort hin ist sicherlich noch lang und schwierig. Aber wir alle müssen erste Schritte gehen, damit er zum Weg wird.“

Man mag eine andere Form wählen, um den Frieden zwischen Israel und Palästina sowie den arabi-

schen Staaten zu erreichen. Aber Frieden ist eine Notwendigkeit, und vor allem im Interesse Israels.



Am 22. Juli 2011 sprach Hans-Gert Pöttering ausführlich mit dem stellvertretenden israelischen Ministerpräsidenten Dan Meridor.

Foto: Sasson Tiram

Ich möchte die israelische Regierung ermutigen, eine Friedensinitiative zu ergreifen. Eine Friedensinitiative ist nach meiner Einschätzung auch die einzige Möglichkeit, von der einseitigen Anerkennung Palästinas als Staat im September in den Vereinten Nationen abzusehen. Die Zeit drängt. Die Europäische Union sollte ihre Verantwortung erkennen. Auch in dieser Frage sollte sie gemeinsam handeln. Deswegen fordere ich die Europäische Union zu einer Initiative auf, die den Frieden im Nahen Osten fördert und die Gemeinsamkeit der Europäischen Union gewährleistet.

Ich habe den damaligen fortgesetzten Abschuss von Kassam-Raketen aus dem Gazastreifen auf den

Staat Israel ebenso verurteilt, wie ich die Freilassung der entführten israelischen Soldaten Ehud Goldwasser, Eldad Regev und Gilat Shalit gefordert habe. Wir wissen, dass Ehud Goldwasser und Eldad Regev nicht mehr leben. Umso entschlossener fordern wir die Freilassung von Gilad Shalit.

Freundschaft zeichnet sich dadurch aus, dass wir unseren Freunden nicht nach dem Munde reden, sondern ihnen die Wahrheit sagen, bzw. das sagen, was wir für die Wahrheit halten. Und so will ich es hier tun: Der fortgesetzte Siedlungsbau in Ost-Jerusalem und den palästinensischen Gebieten ist nicht nur ein Hindernis für den Frieden, sondern auch eine Verletzung internationalen Rechts. Deswegen haben die Staaten der EU, die dem Weltsicherheitsrat der UN angehören, den Siedlungsbau zusammen mit allen anderen Sicherheitsratsmitgliedern – mit Ausnahme der USA – verurteilt. Die Glaubwürdigkeit der USA, die den Siedlungsbau im Übrigen ebenfalls verurteilt, ist durch das Veto schwer beeinträchtigt worden.

Der fortgesetzte Siedlungsbau ist ein Hindernis für den Frieden

Mir bereitet die zunehmende Isolierung Israels in der Welt große Sorge. Diese Isolierung hat eine ihrer Ursachen im fortgesetzten Siedlungsbau; die israelische Regierung sollte dies erkennen. Abschließend möchte ich in diesem Zusammenhang noch einmal auf meine Ausführungen vor der Knesset zurückkommen, wo ich sagte:

„Wir müssen den Weg des Dialogs weitergehen, einen Weg, an dessen Anfang zwingend die Anerkennung des Existenzrechts Israels

und das Ende aller Gewalt stehen müssen. Guter Wille ist von allen zu geben, guter Wille ist allen möglich."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenden wir uns wieder der arabischen Welt zu. Die arabischen Länder sind als unmittelbare Nachbarregion für die Zukunft Israels und Europas von entscheidender Bedeutung. Die Europäische Union ***Die Europäische Union wird all jenen in der arabischen Welt zur Seite stehen, die für Freiheit und Demokratie eintreten*** wird daher all jenen ermutigend und hilfreich zur Seite stehen, die für Freiheit und Demokratie, für freie Wahlen, Meinungs- und Pressefreiheit, und die Achtung der Menschenrechte eintreten. Besonders stehen wir auf der Seite von religiösen Minderheiten und wollen, dass auch Christen und Juden ihren Glauben frei leben können.

Wir wollen niemanden bevormunden. Doch wir wollen und können dabei helfen, dass diese Länder eigenständig ihren Weg in eine demokratische, freiheitliche, von Gerechtigkeit und Solidarität geprägte Zukunft gehen.

Nach den Momenten des Aufbruchs und der Euphorie folgen jetzt die nüchternen Mühen des Alltags. Es ist die Zeit der wenig spektakulären Kärnerarbeit des so wichtigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umbaus. Auch hier wird die Europäische Union helfen und in einem ersten Schritt Tunesien und Ägypten bei der Vorbereitung der kommenden Wahlen unterstützen. Mit der Entsendung von Wahlbeobachtern wird die EU dafür sorgen, dass der Wille des Volkes gehört wird.

Die Menschen wünschen sich Veränderungen. Reformen sind meiner Meinung nach daher zwingend notwendig. Sie müssen kommen. Die Unzufriedenheit der Menschen, insbesondere der jungen Generation, lässt sich nicht ewig unterdrücken – das beweisen die Ereignisse in Tunesien, Ägypten und Syrien sowie anderen arabischen Ländern eindrucksvoll. Doch der entscheidende Impuls, der Wunsch nach Veränderung, muss aus den Ländern selbst kommen.

Die Europäische Union will auch Vorbild und Beispiel sein. Beispiel für ein Bündnis von Freunden und Nachbarn, die die Feindseligkeiten der Geschichte überwunden haben. Integration, angefangen bei einer intensiven, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bis hin zur Einrichtung gemeinsamer Institutionen – dies ist meiner Meinung nach auch für den so genannten „Greater Middle East“ ein Königsweg zu gemeinsamer Sicherheit in Freiheit, Frieden und Wohlstand.

Der entscheidende Impuls, der Wunsch nach Veränderung, muss aus den Ländern selbst kommen

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass Israel ein Eckpfeiler dieser Friedensordnung sein wird. Wir – und mit „wir“ meine ich diesmal die Konrad-Adenauer-Stiftung – werden dabei, wenn gewünscht, jederzeit behilflich sein.

Im Dialog, im Gespräch mit den Menschen vor Ort, erfahren wir am besten, wie wir den Demokratisierungsprozess begleiten können, der durch den „arabischen Frühling“ in Gang gesetzt wurde. Wir können zeigen, wie sich religiöse Werte mit den

Grundsätzen einer modernen, demokratischen Gesellschaft vereinbaren lassen. Wir können zeigen, worauf es ankommt, um einem Land mit einer rechtsstaatlichen Verfassung Stabilität zu geben.

Mit unseren Vertretungen sind wir seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten im „Greater Middle East“ präsent. So verfügt die Konrad-Adenauer-Stiftung über Länderbüros in Ankara, Abu Dhabi, Amman,

Mit ihren Vertretungen ist die Konrad-Adenauer-Stiftung seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten im „Greater Middle East“ präsent

Kairo, Tunis, Rabat und Ramallah mit sieben entsandten und 44 einheimischen

Kräften. Wie keine andere politische Stiftung können wir auf eine reichhaltige Erfahrung als Gastgeber, Moderator und Teilnehmer des interreligiösen Gedankenaustausches zwischen den drei monotheistischen Weltreligionen zurückschauen.

Schon in der Vergangenheit haben wir bewiesen, dass wir den Aufbau eines demokratischen Parteiensystems und stabiler rechtsstaatlicher Institutionen erfolgreich begleiten können. Damit meine ich nicht allein unser Engagement in den mittlerweile gefestigten Demokratien in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, sondern auch unsere jahrelange Arbeit in vielen Ländern Lateinamerikas, in Spanien nach dem Ende des Franco-Regimes, in Portugal nach Ende des Salazar-Regimes und in Griechenland nach dem Ende der Militär-Junta. So darf ich sagen: Man schätzt die Konrad-Adenauer-Stiftung als verlässlichen Partner. Vertrauen ist dabei die Voraussetzung für eine konstruktive Zusammenarbeit.

Das gilt auch in besonderer Weise für unser bald 30 Jahre währendes Engagement hier in Israel. Und wie schon in der Ver-

gangenheit, so bedeutet auch der in diesem Sommer vollzogene Wechsel in der Leitung der Jerusalemer Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung nicht Wandel, sondern Kontinuität. Es ist die Fortsetzung einer Erfolgsgeschichte, auf die wir besonders stolz sind. Und dieser Erfolg ist zuallererst das Verdienst der Menschen vor Ort:

Der Wechsel in der Leitung der Jerusalemer Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung ist die Fortsetzung einer bald 30 Jahre währenden Erfolgsgeschichte, auf die wir besonders stolz sind



Lars Hänsel, Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem 2006-2011, blickte bei der Vortragsveranstaltung am 21. Juli 2011 auf seine Tätigkeit in Israel zurück und analysierte aktuelle Trends der amerikanischen Nahostpolitik.

Foto: Ohad Zwigenberg

Lieber Lars Hänsel, im Jahr 2006 haben Sie die Leitung unserer Vertretung in Jerusalem übernommen. In den vergangenen fünf Jahren haben Sie sich mit großer Sachkenntnis, herausragendem Engagement und viel Einfühlungsvermögen für die Förderung des israelisch-palästinensischen Dialoges eingesetzt. Ihre exzellenten Länderberichte über-

zeugen nicht nur in der politischen Analyse und der präzisen Beobachtung, sondern sie sind auch immer geprägt von einer besonderen Liebe zu Israel. Vermutlich ist diese tiefe Verbundenheit mit diesem schönen Land schon während Ihres Studiums entstanden, das Sie ja zu einem Teil auch in Jerusalem absolviert haben.

Lieber Herr Hänsel, für Ihre erfolgreiche Arbeit hier in Jerusalem und als Landesbeauftragter für Israel danke ich Ihnen persönlich und im Namen der Stiftung sehr herzlich. Für Ihre neue Aufgabe in unserer Vertretung in Washington wünsche ich Ihnen viel Erfolg und viel Freude und weiterhin gutes Gelingen bei allen Aufgaben! Doch der Abschied von Lars Hänsel ist zugleich ein Anfang. Es ist die Amtsübergabe an einen ganz besonderen Mann:

Lieber Michael Mertes: Noch bis vor wenigen Monaten waren Sie Mitglied im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung. Doch wir hätten es wissen können: Jemand, der so umtriebig ist, wie Sie es Ihr ganzes Leben lang waren, der will natürlich selbst die Dinge in die Hand nehmen.

So wechseln Sie in Ihrem jugendlichen Alter noch einmal den Beruf – nach Stationen als Leiter des Ministerbüros des ersten Bundesumweltministers Walter Wallmann, als Leiter des Redenschreiberreferats und später der Planungs- und Kulturabteilung im Bundeskanzleramt, als stellvertretender Chefredakteur des Rheinischen Merkur, als Politikberater und schließlich als Staatssekretär!



Michael Mertes, der neue Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem, stellte sich den Zuhörern vor und gab einen Ausblick auf die Schwerpunkte seiner künftigen Tätigkeit in Israel.

Foto: Ohad Zwigenberg

Lieber Herr Mertes, ich kann Ihnen versprechen: Ihre neue Aufgabe wird spannend sein. Ich bin sicher, dass Sie die Konrad-Adenauer-Stiftung hier in Jerusalem hervorragend repräsentieren werden, und ich wünsche Ihnen für diese neue Herausforderung viel Erfolg! Erlauben Sie mir, Ihnen einen Satz von Konrad Adenauer mit auf den Weg zu geben, der der Bedeutung unseres Engagements gerade hier in Israel gerecht wird:

„Es gibt nicht nur ein Heute, oder gar [...] nur ein Morgen, sondern es gibt auch ein Gestern, dass das Heute und das Morgen stark, ja manchmal sogar entscheidend beeinflusst. Man muss das Gestern kennen, man muss auch an das Gestern denken, wenn man das Morgen wirklich gut und dauerhaft gestalten will.“

Herzlichen Dank Lars Hänsel und herzlichen Glückwunsch lieber Michael Mertes!

Und Ihnen meine Damen und Herren, aufrichtigen Dank für Ihre Verbundenheit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Shalom!



Hans-Gert Pöttering: „Wer einen Baum pflanzt, denkt über den Tag hinaus an künftige Generationen. Ich möchte mit diesem Zeichen meine besondere Verbundenheit mit Israel bekunden und zugleich die Hoffnung ausdrücken, dass aus den großen Veränderungen im Nahen Osten viel Gutes erwächst.“ (Baumpflanzungs-Zeremonie im Kennedy-Wald bei Jerusalem am 20. Juli 2011)

Foto: Mona Grotheer